

## Editorial: Wohnen - in Frieden?

Bei der Heftplanung und -ankündigung hatten wir zunächst die Vorstellung, nach nunmehr fast zehn Jahren die damals auch in der PROKLA recht abrupt abgebrochene »Staatsdiskussion« wiederaufzunehmen und ihre Ergebnisse vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen zu überprüfen. Entsprechend der in der Linken sehr gegensätzlichen Bedeutungszuweisungen des Staates sollte das Heft den Titel »Noch mehr Staat, ein alternativer Staat, gar kein Staat« tragen. Angesichts der aktuellen und drängenden Themen der gegenwärtig wichtigsten sozialen Bewegungen - Fragen der Friedens- und Wohnungspolitik - haben wir uns entschlossen, zugunsten dieser Themen die geplanten Beiträge zurückzustellen. Es ist von uns beabsichtigt, die Staatsdiskussion in Heft 47 wiederaufzunehmen. Allerdings wird auch von den vorliegenden Beiträgen die ursprünglich geplante thematische Schwerpunktsetzung nicht gänzlich verlassen. Die Frage nach der Rolle des Staats gibt vielmehr den roten Faden an, der die Aufsätze miteinander verbindet. Zielpunkt der großen Friedensdemonstration war schließlich Bonn (und nicht Duisburg oder Kiel oder ein anderes Zentrum der Rüstungsproduktion). Die Forderungen der Instandbesetzer und der Mietervereine etwa in Berlin richten sich an den Senat und nicht an den Verband der Haus- und Grundstückseigentümer. Vom Staat wird eine Veränderung der Politik gefordert, um ein »Wohnen in Frieden« möglich zu machen. Aber ist dieser angesichts gesellschaftsstrukturell dominierender Interessen, die objektiv Rüstungswahnsinn und Wohnungsnot befördern, dazu überhaupt in der Lage? Ist etwa die Verschärfung des Problems der Wohnungsverversorgung auf den traditionell zu hohen Grad der Staatsintervention im Wohnungssektor zurückzuführen, wie dies von konservativer Seite behauptet wird, oder resultieren die Probleme gerade daraus, daß sich der Staat aus diesem Interventionsbereich zurückzieht? Der erste Beitrag zu »NATO und Warschauer Pakt zwischen 'Rüstungswahn' und Herrschaftskalkül« greift ein in die gegenwärtige Debatte in der Friedensbewegung. *Walter Süß* setzt sich mit der von E.P.Thompson - und hierzulande etwa von R.Bahro - vertretenen Interpretation des Wettrüstens als »Exterminismus«, Drang zur Vernichtung, auseinander. Ihm geht es dabei hauptsächlich um zwei Punkte: Erstens darum, zu zeigen, daß dieses »Wettrüsten« in konkreten Herrschaftsinteressen wurzelt und deshalb durchaus (Herrschafts-)»rationale« Gründe hat. In seiner Darstellung arbeitet er die politischen und militärischen Strategien, die mit dieser Rüstungspolitik realisiert werden sollen, heraus. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Interpretation des sowjetischen Beitrags zu diesem Prozeß. Zum zweiten kritisiert er die Beschränkung der politischen Perspektiven weiter Teile der Friedensbewegung auf Europa. Diese Beschränktheit wurde in der jüngsten Zeit etwa dadurch deutlich, daß auf der Bonner Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981 kein Repräsentant der »3. Welt« zu Wort gekommen ist, kein Repräsentant jenes Teils der Welt also, wo der Frieden nicht nur bedroht ist, sondern erst erkämpft werden muß. Süß versucht zu zeigen, und damit steht sein Artikel in Bezug zu früheren Beiträgen in der PROKLA zur Weltwirtschaftsordnung, daß der entscheidende Konflikt sich als ungleiche Kon-